

Zeitschrift: Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...

Herausgeber: Kanton Bern

Band: - (1969)

Artikel: Verwaltungsbericht der Finanzdirektion

Autor: Moser, F. / Blaser, A.

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-417778>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 26.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Verwaltungsbericht der Finanzdirektion

Direktor: Regierungsrat F. Moser
Stellvertreter: Regierungsrat Ad. Blaser

A. Allgemeines

I.

Im Berichtsjahr sind folgende Chefbeamte ausgeschieden:
F. Engel, Vorsteher der Veranlagungsbehörde Mittelland, 43 Dienstjahre,
Dr. A. Moser, Vorsteher des Statistischen Bureaus, 42 Dienstjahre,
O. Moser, Finanzinspektor, 36 Dienstjahre,
Dr. H. Schmid, Vorsteher der Versicherungskasse, 3 Dienstjahre.

Ihre Dienste seien auch hier bestens verdankt. An Stelle dieser Beamten wurden gewählt:
als Vorsteher der Veranlagungsbehörde Mittelland Werner Zbinden, bisher Steuerexperte,
als Vorsteher des Statistischen Bureaus Dr. Rolf Bächtold, bisher Adjunkt,
als Vorsteher der Finanzkontrolle Konrad E. Brönnimann, bisher Steuerexperte,
als Vorsteher der Versicherungskasse Willy Egli, bisher Adjunkt.

II.

Es wurden folgende Erlassen vorbereitet und zur Beschlussfassung vorgelegt:

- a) Grossratsbeschluss vom 5. Februar 1969 betreffend die Begrenzung und Festsetzung von staatlichen Baubeträgen;
- b) Verordnung vom 14. März 1969 über den kantonalen Finanzausgleichsfonds;
- c) Verordnung vom 22. April 1969 über die Taggelder und Reiseentschädigungen der Mitglieder staatlicher Kommissionen;
- d) Volksbeschluss vom 4. Mai 1969 über die Beteiligung des Kantons Bern an der Erhöhung des Grundkapitals der Bernischen Kraftwerke AG;
- e) Verordnung vom 25. Februar 1949 über die Besoldungs- und Ferienkürzungen des Staatspersonals bei Militärdienst (Abänderung vom 27. Juni 1969);
- f) Dekret vom 11. November 1969 über die Gewährung von Teuerungszulagen für die Jahre 1969 und 1970 an die Behördemitglieder und das Staatspersonal;
- g) Dekret vom 11. November 1969 über die Gewährung von Teuerungszulagen für die Jahre 1969 und 1970 an die Mitglieder des Regierungsrates;
- h) Dekret vom 11. November 1969 über die Gewährung von Teuerungszulagen für die Jahre 1969 und 1970 an die Rentenbezüger der Versicherungskasse und der Lehrerversicherungskasse;

- i) Dekret vom 11. November 1969 über die Gewährung von Teuerungszulagen für die Jahre 1969 und 1970 an die Lehrer der Primar- und Mittelschulen;
- k) Dekret vom 6. November 1968 über die Besoldungen der Mitglieder des Regierungsrates (Abänderung vom 11. November 1969);
- l) Grossratsbeschluss vom 11. November 1969 betreffend Speisung des kantonalen Finanzausgleichsfonds;
- m) Grossratsbeschluss vom 5. Februar 1969 betreffend die Begrenzung und Festsetzung von staatlichen Baubeträgen (Abänderung vom 12. November 1969).

III.

Gestützt auf den Volksbeschluss vom 9. April 1967 über die Aufnahme von Anleihen bis zum Betrage von 300 Millionen Franken wurden weitere 85 Millionen Franken aufgenommen, so dass von jener Ermächtigung bis Ende 1969 für einen Gesamtbetrag von 260 Millionen Franken Gebrauch gemacht wurde. Von den aufgenommenen 85 Millionen Franken dient die eine Hälfte der Konsolidierung der Staatsschulden, die andere zur Deckung von Beitragsverpflichtungen. Zusätzliche Beitragskredite haben in diesem Sinn erhalten:

	Mio. Fr.
Gesundheitsdirektion (Spitalbauten)	3,0
Wasserwirtschaftsdirektion (Gewässerschutz)	12,0
Landwirtschaftsdirektion (Meliorationen)	1,7
Baudirektion (Gemeindestrassen und Wasserbauten)	3,3
Total	20,0

Mit diesen Zusatzkrediten konnten sämtliche 1969 fälligen Baubeiträge an die Gemeinden laufend ausgerichtet werden.

IV.

Das Gesetz vom 29. September 1968 über den Finanzausgleich und die Abänderung von Beitrags- und Abgabevorschriften (Beitragsgesetz) wurde auf den 1. Januar 1969 in Kraft gesetzt. In der Folge wurde darauf verzichtet, die Auszahlung von Baubeträgen fernerhin hinauszuschieben (Grossratsbeschluss vom 11. November 1964 betreffend Festsetzung des Baubeginns von staatlichen Bauten und der Fälligkeit von Staatsbeiträgen). Damit wurde ein wesentlicher Punkt des Subventionswesens normalisiert.

Das Beitragsgesetz wird sich erst ab 1970 voll auswirken (neue Lastenverteilung im Fürsorgewesen), so dass sich über seine Ergebnisse im Jahr 1969 nichts Abschliessendes aussagen lässt.

Im Vergleich zu 1968 haben 22 Gemeinden eine höhere, 131 Gemeinden eine niedrigere Steueranlage beschlossen. Die letztere Erscheinung ist zum Teil auf die Abtrennung der Kirchensteuern zurückzuführen (Abänderung vom 15. Mai 1968 des Dekretes vom 13. November 1967 über die Kirchensteuern).

Im Rahmen des direkten Finanzausgleichs wurden 288 (Vorjahr 285) Gemeinden 12,3 Millionen Franken ausgerichtet; es sind dies 4,4 Millionen Franken mehr als im Vorjahr, wovon etwa 3,8 Millionen auf die mit dem Beitragsgesetz verbundene Verbesserung des direkten Finanzausgleichs zurückzuführen sind.

V.

Die Staatsrechnung 1969 ergab einen Ausgabenüberschuss der Finanzrechnung von Fr. 8919093.14 (Voranschlag Fr. 23798700.-). Über weitere Einzelheiten orientieren die Staatsrechnung und der zugehörige Vortrag.

VI.

Stand der noch hängigen, erheblich erklärten Motionen und Postulate:

1. Allgemeines:

- *Motion Hirt* vom 5. Februar 1969 betreffend Rationalisierung der Staatsverwaltung. Der Regierungsrat hat am 18. Februar 1969 eine ausserparlamentarische Kommission aus Vertretern der Verwaltung und der Privatwirtschaft mit dem Auftrag eingesetzt, Rationalisierungsmöglichkeiten innerhalb der bernischen Staatsverwaltung aufzuzeigen. Die Kommission hat ihre Arbeit aufgenommen.
- *Motion Meyer* vom 5. Februar 1969 betreffend Finanzplanung mit Einschluss der Bau- und Investitionsplanung. Der Finanzplan 1971-1974 wird dem Grossen Rat im November 1970 vorgelegt werden.

2. Steuerwesen

- Das *Postulat Brodbeck* vom 14. November 1963 betreffend Revision des Gesetzes vom 8. April 1919 über die Erbschafts- und Schenkungssteuer muss zurückgestellt bleiben, bis dessen Verwirklichung praktisch möglich erscheint.
- Die *Motion Wirz* vom 10. Mai 1967 betreffend Schätzung der nichtlandwirtschaftlichen Grundstücke wird von der Steuerverwaltung bearbeitet.
- Der ausserparlamentarischen Kommission, die mit der Erarbeitung von Grundlagen für den Erlass eines neuen Steuergesetzes beauftragt worden ist (*Motion Dübi* vom 6. November 1968), wurden folgende Postulate zur Prüfung überwiesen:
- *Postulat Zingg* vom 5. Februar 1969 betreffend Steuererleichterung für AHV- und IV-Rentner
- *Postulat Fleury* vom 5. Februar 1969 betreffend Steuererklärung verheirateter Arbeitnehmerinnen
- *Postulat Berger* vom 5. Februar 1969 betreffend Finanzierung öffentlicher Aufgaben der Gemeinden
- *Postulat Horst* vom 5. Februar 1969 betreffend Besteuerung gewisser Grossverteilerorganisationen
- *Postulat Zingg* vom 1. September 1969 betreffend Besteuerung der berufstätigen Ehepaare
- *Postulat Favre* vom 1. September 1969 betreffend Vereinfachung der Steuererklärung
- *Postulat Horst* vom 1. September 1969 betreffend Bemessung des Abzuges für Besitzesdauer bei der Veräußerung ererbter Grundstücke
- *Postulat Hirt* vom 12. November 1969 betreffend Sicherung von Grundstückgewinnsteuern
- *Postulat Hächler* vom 12. November 1969 betreffend Besteuerung von Zuzügern

- *Postulat Stoffer* vom 12. November 1969 betreffend Vereinheitlichung der Steuerbelastung im Kanton Bern
- *Postulat Messer* vom 12. November 1969 betreffend Ausmerzung der kalten Progression

B. Abteilungen

I. Direktionssekretariat

1. Kantonale Billettsteuer

	Voranschlag 1969 Fr.	Rechnung 1969 Fr.	Rechnung 1968 Fr.
Rohertrag	1 750 000.—	1 976 882.—	1 845 243.—
Abzüglich 20% Gemeindeanteile	350 000.—	395 376.—	369 048.—
Nettoertrag	1 400 000.—	1 581 506.—	1 476 195.—
Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag		181 506.—	
Mehrertrag gegenüber dem Vorjahr		105 311.—	

2. Salzhandlung

Bei den verkauften Salzmengen zeigt sich das gleiche Bild wie im Jahre 1968: Der Umsatz von offenem Kochsalz ist wiederum stark zurückgegangen (rund 30%), während für das pakettierte Kochsalz mit Ausnahme des jodierten Salzes in Kilogrammpaketen die Umsatzsteigerung in bescheidenem Ausmassen angehalten hat. Dagegen ist beim Viehsalz eine Umsatzzunahme von rund 130%, beim Industrie-, Gewerbe- und Streusalz von rund 30% und beim Streusalz in Kleinpackungen von rund 50% festzustellen. Insgesamt betrug die Umsatzsteigerung im Jahre 1969 gegenüber dem Vorjahr rund 4,4 Millionen Kilo oder rund 16,5%. Der Reinertrag aus der Salzhandlung ist im Vergleich zum Vorjahr um Fr. 410806.-, d.h. um rund 15%, auf 3,12 Millionen Franken gestiegen. Da die Umsatzsteigerung zur Hauptsache bei den billigeren Salzsorten eingetreten und eine 50%ige Erhöhung der Frachtausgaben zu verzeichnen ist, entspricht die wertmässige Verbesserung nicht ganz der mengenmässigen Umsatzsteigerung.

Verkaufte Salzmengen

	1968 kg	1969 kg	Differenz gegenüber Vorjahr kg
<i>a. Koch- und Tafelsalz</i>			
Unjodiert, offen	1 965 250	1 827 750	— 137 500
Jodiert, offen	5 112 350	3 599 850	— 1 512 500
Unjodiert in Kilogrammpaketen	161 520	162 380	+ 860
Jodiert in Kilogrammpaketen	629 260	606 040	— 23 220
Fluoriert und jodiert in Kilogrammpaketen	862 940	886 920	+ 23 980
Gresil in Pfundpaketen	345 060	366 700	+ 21 640
	9 076 380	7 449 640	— 1 626 740
<i>b. Andere Salzarten</i>			
Badesalz	154 750	150 950	— 3 800
Viehsalz	1 122 000	2 590 500	+ 1 468 500
Industrie-, Gewerbe- und Streusalz	15 121 710	19 458 625	+ 4 336 915
Streusalz in Kleinpackungen	220 720	345 820	+ 125 100
Nitritpökelsalz	630 300	668 500	+ 38 200
Salzsole, ungereinigt	273 020	283 075	+ 10 055
Übrige Spezialsalze	104 625	120 200	+ 15 575
	17 627 125	23 617 670	+ 5 990 545
Portionenpackungen, Stück	87 600	87 600	—

(Erlös aus Salzverkäufen, s. nächste Seite oben)

Erlös aus Salzverkäufen

	Rechnung 1968		Rechnung 1969		Unterschied gegenüber dem Vorjahr Fr.
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	
a. Finanzrechnung					
Einnahmen	6 647 533.15		7 540 470.05		+ 892 936.90
Ausgaben		3 948 764.90		4 416 046.15	+ 467 281.25
b. Rechnung der Vermögensveränderungen					
Ertrag	14 849.—		—.—		— 14 849.—
Aufwand		—.—	—.—	—.—	—.—
	6 662 382.15	3 948 764.90	7 540 470.05	4 416 046.15	
Reinertrag		2 713 617.25		3 124 423.90	+ 410 806.65
Total	6 662 382.15	6 662 382.15	7 540 470.05	7 540 470.05	

II. Kantonsbuchhalterei**Rechnungsführung**

Die Einnahmen- und Ausgabenvolumen haben sich auch im Berichtsjahr wiederum um rund 100 Millionen Franken erhöht. Trotz dieser neuerlichen Geschäftsausweitung und gleichbleibendem Personalbestand ging der Zahlungsverkehr, die Kontrolle der Anweisungen und deren Verbuchung reibungslos vor sich.

Die freiwilligen Steuervorauszahlungen ergaben 90,0 Millionen Franken oder, im Vergleich zu 1968, nur einen Mehreingang von 5,3 Millionen Franken. Dass die Vorauszahlungen an Steuern sich ungefähr im Rahmen des Vorjahres halten, ist auf die neue und zum Teil noch nicht abgeschlossene Veranlagung zurückzuführen.

Bemerkungen zur Staatsrechnung

Dem Voranschlag bzw. der Rechnung 1969 wurde eine erste Tilgungsrate auf Anleihen belastet. Dieser Betrag wurde einem zweckbestimmten Fonds überwiesen und soll entsprechend dem Grossratsbeschluss vom 6. September 1949 zur Rückzahlung von Anleihen dienen, die nicht mit einer Anuität behaftet sind.

Als Ergänzung der Zusammenstellung nach Sachgruppen wurde erstmals eine funktionale und volkswirtschaftliche Gliederung der Ausgaben des Jahres 1968 dargestellt. Sie soll die Verwendung und den Fluss der eingesetzten Mittel zusätzlich verdeutlichen. Gleichzeitig dient sie als Vergleichsbasis mit den andern Kantonen und mit der Eidgenossenschaft und bildet die Ergänzung zu den vom Statistischen Büro in gleichem Sinne zu verarbeitenden Ausgaben der bernischen Gemeinden zu einem Kantonganzen.

Weitere Bemerkungen und die wichtigsten Aufstellungen sind im Vortrag zur Staatsrechnung ersichtlich.

III. Finanzkontrolle

Die neu geschaffene Finanzkontrolle, die aus der Umwandlung des Finanzinspektordes hervorging, sah sich im Berichtsjahr zahlreichen organisatorischen und personellen Problemen gegenübergestellt, die sich aus der Inangriffnahme neuer Aufgaben ergaben. Ihre neuen Pflichten ergeben sich aus dem Gesetz vom 29. September 1968 über den Finanzaushalt des Staates Bern und dem Dekret vom 23. September 1968 über die Organisation der Finanzdirektion.

Revisionen

Im Berichtsjahr sind folgende unangemeldete Revisionen vorgenommen worden:

Dienststellen	Anzahl	Ausgeführte Revisionen Anzahl	Revisionen %
Kassastellen der Direktionen	65	39	60
Amtsschaffnereien	20	14	70
Staatsanstalten	39	9	23,1
Obergericht, Obergerichtsverwaltung	4	3	75
Handelsgericht	1	1	100
Versicherungsgericht	1	1	100
Verwaltungsgericht	1	1	100
Betreibungs- und Konkursämter	30	31	100,3
Gerichtsschreibereien	30	35	116,6
Richterämter und andere Stellen der Gerichtsverwaltung	57	57	100
Regierungsstatthalterämter	30	31	100,3
Grundbuchämter	30	28	93
Total	308	250	81,1

Obschon das Finanzaushaltsgesetz keine zwingende Vorschrift über die Zahl der jährlich vorzunehmenden Kontrollen enthält, sollten, mit verantwortbaren Ausnahmen, doch alle Stellen regelmässig geprüft werden. Personelle Gründe sowie die Übernahme neuer Aufgaben führten dazu, dass im Vergleich zum Vorjahr 20 Revisionen weniger ausgeführt werden konnten. Im allgemeinen sind die Abrechnungsverhältnisse übersichtlich. Bei einer Anzahl Kassastellen mussten kleinere Überschüsse oder Fehlbeträge protokolliert werden. In 3 Fällen wurden grössere Unregelmässigkeiten festgestellt und die entsprechenden Massnahmen eingeleitet.

Die Kontrolle der Monatsbilanzen der Staatsanstalten konnte fristgerecht ausgeführt werden. Die Arbeit war, da praktisch während des ganzen Jahres eine Beamtenstelle unbesetzt blieb, nur dank gewisser Rationalisierungsmassnahmen zu bewältigen. Gleichzeitig mit der Kontrolle waren die Ausgaben auf ihre Wirtschaftlichkeit und Gesetzmässigkeit zu prüfen.

Stellungnahme zu Krediterteilungen

Das vielfältige Angebot in den verschiedenen Warenkategorien erschwert die Einkaufstätigkeit. Es gilt, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Kredite die zweckmässigsten Artikel, Materialien, Maschinen, Apparate usw. möglichst preisgünstig zu beschaffen. Indem der Finanzkontrolle Gelegenheit gegeben wird, zu Gesuchen der Direktionen und Anstalten um Krediterteilungen für Anschaffungen Stellung zu nehmen, erhält sie einen umfassenden Überblick über die Marktlage. Bei mehreren eingereichten Kreditgesuchen hat die Prüfung ergeben, dass die zur Bewilligung unterbreiteten Anschaffungen bereits getätigkt und damit die Finanzkompetenzen von der ausgebenden Stelle überschritten worden sind.

Zusammenlegung Amtsschaffnerei Trachselwald mit Burgdorf

Personelle Verhältnisse führten, gestützt auf die Beschlüsse des Grossen Rates, dazu, die Amtsschaffnerei Trachselwald

auf den 1. Mai 1969 mit derjenigen von Burgdorf zu vereinigen. Die Zusammenlegung konnte ohne Beeinträchtigung der Beziehungen zum Publikum vollzogen werden. Die neue Ordnung hat sich gut eingespielt.

Verschiedenes

Die laufende materielle Überprüfung des gesamten Finanzhaushaltes des Staates und die laufende Überwachung des Vollzuges des Voranschlages konnten durch die Finanzkontrolle im Berichtsjahr nur teilweise erfüllt werden, da die Anweisungskontrolle noch durch die Kantonsbuchhalterei erfolgte.

Die Staatsrechnung 1968 wurde nicht revidiert. Dagegen ist eine Revision der Rechnung 1969 vorgesehen.

Am 1. Januar 1970 wurde die noch bestehende Portofreiheit aufgehoben. Dies hat eine starke Erhöhung der Pauschalentschädigung an die PTT zur Folge. Sämtliche staatlichen Stellen sind mit Kreisschreiben vom 14. November 1969 über die Frankaturpauschale orientiert worden. Da die finanziellen Auswirkungen durch den Wegfall der Portofreiheit für den Staat sehr bedeutend sind, soll der Postversand überprüft werden.

IV. Steuerverwaltung

A. Zentralverwaltung

1. Amtliche Bewertung der Grundstücke und Wasserkräfte. Die Hauptrevision 1967 ist bis auf 2 Einsprachen, 214 Rekurse, 2 Beschwerden beim Verwaltungsgericht und eine staatsrechtliche Beschwerde beim Bundesgericht abgeschlossen. Über die Durchführung und Ergebnisse der Hauptrevision orientiert der Bericht der Finanzdirektion vom Mai 1969, der vom Grossen Rat in der Novembersession zur Kenntnis genommen und an die aussenparlamentarische Kommission für die systematische Überprüfung des Steuergesetzes weitergeleitet wurde.

Berichtigungsverfahren (Art.111–113 StG): Mit Wirkung auf 1. Januar 1969 sind 17545 (10777) und auf 1. Januar 1970 6242 amtliche Werte berichtigt worden. Von insgesamt 765 Einsprachen im Berichtigungsverfahren wurden 664 erledigt und von 24 Rekursen 23 an die Rekurskommission weitergeleitet. Für die Veranlagungsbehörden sind 1306 (1316) Expertisen betreffend Eigenmietwerte, Gebäudeunterhaltskosten und wertvermehrende Aufwendungen durchgeführt worden.

2. Steuererlassgesuche. Ende 1968 waren 425 (323) Gesuche hängig. Neu eingegangen sind 5828 (4529), und zwar 226 (182) für die Wehrsteuer, 98 (70) für die Vermögensgewinnsteuer und 5504 (4277) für die ordentlichen Staatssteuern, davon 2242 (1687) aus der Gemeinde Bern. Von total 6253 (4852) Gesuchen wurden 5439 (4427) erledigt. Ganz oder teilweise gutgeheissen 4144 (3388), abgewiesen 1295 (1039). Für die Steuerjahre 1966–1969 wurden Fr.535203.– (Fr.429835.–) an ordentlichen Staatssteuern, Fr.251339.– (Fr.122405.–) an Vermögensgewinnsteuern und Fr.25483.– (Fr.17643.–) an Wehrsteuern erlassen. Ausserdem hat die Erlassabteilung rund 800 Stundungs- und Zinserlassgesuche behandelt.

3. Meldungen für die AHV, den Militärpflichtersatz, die Krankenkassen und die Bergbauernhilfe. Die Meldungen über die Ein-

kommen Selbständigerwerbender oder nicht erwerbstätiger Steuerpflichtiger, die als Grundlage für die Festsetzung der AHV/IV/EO-Beiträge 1970/71 dienen, werden erst 1970 erstattet. Insgesamt werden es rund 58000 sein (Vorperiode 57479). 1969 wurden 259 (199) besondere Berichte an Kassen oder Gerichte abgegeben. – Für die Veranlagung des *Militärpflichtersatzes* sind 1969 noch 7576 Meldungen erstattet worden. Für 1968 und 1969 ergeben sich insgesamt 61229 Meldungen (1966/67 = 60371). – An Erhebungsformularen für die *Krankenkassen* sind 1969 ohne Entgelt 16276 (1. April 1967 bis Ende 1968 = 74047) ausgestellt worden; 1554 (3830) Meldungen ergingen an die *Ärztegesellschaft*. – Für die Ermittlung der Familienzulagen an *Bergbauern* und *Kleinbauern des Flachlandes* wurden 273 (7536) Erhebungsformulare ebenfalls ohne Entschädigung verarbeitet. – Steuerausweise für *Stipendien* wurden 1969 3477 (9367) abgegeben.

Die Entschädigung für die AHV-Meldungen der Beitragsperiode 1968/69 belief sich, einschliesslich der im Verwaltungsbericht 1968 erwähnten Vorauszahlung von Fr.60000.–, auf Fr.162378.– (Vorperiode Fr.113121.–). Die Zunahme ist auf die Erhöhung der Entschädigung zurückzuführen.

4. Lochkartendienst. Es sind im EDV-Verfahren erstellt worden: für sämtliche Gemeinden (ausgenommen Bern, Biel und Thun) 323170 (320859) Staatssteuerrechnungen und für 417 (400) Gemeinden gleichzeitig – gegen eine Gesamtvergütung von Fr.175964.– (Fr.173097.–) – 290907 (284016) Gemeindesteuerrechnungen. Die Wehrsteuerrechnungen für die 15. Periode werden erst im Februar 1970 erstellt.

5. Quellensteuer vom Erwerbseinkommen der ausländischen Arbeitnehmer. Seit Januar 1969 besteht eine besondere Quellensteuerabteilung, die der Abteilung Wehrsteuer angegliedert ist.

Der Gesamtertrag 1968 (vgl. Vorjahresbericht) beläuft sich auf Fr.49742773.–. Davon entfallen auf die Staatssteuer Fr.22860557.–, die Gemeindesteuern Fr.23401680.–, die Wehrsteuer Fr.1411709.– und die Kirchensteuern Fr.2068827.–. Den Gemeinden sind Fr.1317190.– an Provisionen vergütet worden. Nach den Angaben des kantonalen Arbeitsamtes waren auf Ende August 1968 64177 (65287) kontrollpflichtige ausländische Arbeitskräfte gemeldet.

Im Berichtsjahr sind bei 358 Arbeitgebern Kontrollen durchgeführt worden.

Der Steuerertrag 1969 kann erst 1970 abschliessend ermittelt werden.

B. Einkommen- und Vermögensteuer natürlicher Personen

1969 ist die 13. Veranlagung seit Inkrafttreten des geltenden Steuergesetzes durchgeführt worden. Von 427066 (414531) Pflichtigen sind bis Ende Jahr 404952 definitiv veranlagt worden. Für 27 (62) Gemeinden musste der Fälligkeitstermin auf den 10. Februar 1970 verschoben werden, weil die Veranlagungsarbeiten wegen Personalschwierigkeiten nicht rechtzeitig abgeschlossen werden konnten.

An Einsprachen sind bis Ende Jahr 13413 (Ende 1967: 11594) eingegangen. Nach Ablauf der Einsprachefristen im Jahre 1970 dürften es insgesamt rund 20000 sein (Vorperiode: 20118).

Der Vergleich mit der Staatsrechnung 1968 und dem Voranschlag 1969 ergibt folgendes Bild:

	Rechnung 1968	Budget 1969	Rechnung 1969	+ oder – gegenüber Rechnung 1968 Fr.	+ oder – gegenüber Budget 1969 Fr.
	Fr.	Fr.	Fr.		
Einkommen	325 606 795.–	380 000 000.–	378 522 523.–	+ 52 915 728.–	– 1 477 477.–
Vermögen	31 308 749.–	37 000 000.–	39 099 364.–	+ 7 790 615.–	+ 2 099 364.–
Total	356 915 544.–	417 000 000.–	417 621 887.–	+ 60 706 343.–	+ 621 887.–

Rechnet man zu diesen Hauptsteuern der natürlichen Personen noch die übrigen direkten Steuern hinzu (juristische Personen, Vermögensgewinnsteuern, Nach- und Strafsteuern sowie wiedereingegangene Steuern), so ergibt sich ein gesamter Steuerertrag von Fr. 515 271 046.– Gegenüber dem Voranschlag stellt dies eine Mehreinnahme dar von Fr. 6 521 046.– und gegenüber der Rechnung 1968 von Fr. 71 094 965.– Im Vergleich zu 1968 haben die Einkommensteuern der natürlichen Personen um 16,25% zugenommen. Stellt man das Ergebnis 1969 dem durchschnittlichen Ertrag der Jahre 1967/68 von 314,94 Millionen Franken gegenüber, so erhöht sich der Zuwachs auf 20,18%. Für die Vermögensteuern der natürlichen Personen ergibt sich gegenüber 1968 (31,308 Millionen Franken) eine Zuwachsquote von 24,88%.

Die *Amnistie* hat sich zweifellos ausgewirkt, wenn auch nicht in dem von den Befürwortern dieser Massnahme erwarteten Ausmass. Genaue Ergebnisse liegen noch nicht vor. Für heute sei nur festgehalten, dass bis Ende 1969 241692 Wertschriftenverzeichnisse eingegangen sind gegenüber 212366 im Jahre 1967. Das ergibt einen Zuwachs von 13,8%. Von 1965 (196429 WV) auf 1967 war demgegenüber eine Zunahme von 8,1% zu verzeichnen.

C. Steuern der juristischen Personen

Von den 8497 (8246) steuerpflichtigen juristischen Personen (ohne Nuller) sind 4305 (4118) Aktiengesellschaften, Holding und GmbH, 2117 (2147) Genossenschaften und 2075 (1981) übrige juristische Personen. – Es hatten an Steuern zu zahlen:

2 Steuerpflichtige mehr als 2000000 Franken
7 Steuerpflichtige mehr als 1000000 Franken
1 Steuerpflichtige zwischen 900000 und 1000000 Franken
1 Steuerpflichtige zwischen 800000 und 900000 Franken
– Steuerpflichtige zwischen 700000 und 800000 Franken
5 Steuerpflichtige zwischen 600000 und 700000 Franken
9 Steuerpflichtige zwischen 500000 und 600000 Franken
8 Steuerpflichtige zwischen 400000 und 500000 Franken
17 Steuerpflichtige zwischen 300000 und 400000 Franken
23 Steuerpflichtige zwischen 200000 und 300000 Franken
54 Steuerpflichtige zwischen 100000 und 200000 Franken

Zu behandeln waren 589 (554) Neugründungen, 203 (185) Löschungen und 18 (13) Fusionen. Interkantonale Steuerteilungen 1138 (1116); Bücheruntersuchungen 750 (782); Erlassgesuche 28 (20), davon 27 (19) behandelt.

Der Bestand an Betriebsfürsorgeeinrichtungen hat sich auf 2374 (2316) erhöht.

Die *Arbeitsbeschaffungsreserven* von 208 (222) Firmen erreichten Fr. 50782000.– (Fr. 52898600.–). Verteilung nach Branchen (Millionen Franken): Uhrenindustrie 14,5, Maschinen- und Metallindustrie 19,0, Elektrizitätswerke 6,0, Textilindustrie 3,5, Baugewerbe 0,8, Holzbearbeitungsindustrie 0,6, Verschiedene 6,3.

1. Erwerbsgesellschaften, Erwerbs- und Selbsthilfegenossenschaften; Holdinggesellschaften.

	Fr.
Gewinn- und Ertragsteuer	59 106 606.–
Kapital- und Vermögensteuer	16 801 936.–
Holdingsteuer	409 632.–
 Total	 76 318 174.–
Voranschlag	73 000 000.–
 Mehrertrag gegenüber Voranschlag	 3 318 174.–
Mehrertrag gegenüber Vorjahr	9 124 896.–

2. Übrige juristische Personen

	Fr.
Einkommensteuer	2 179 210.–
Vermögensteuer	1 378 473.–
Total	3 557 683.–
Voranschlag	3 200 000.–
 Mehrertrag gegenüber Voranschlag	 357 683.–
Mehrertrag gegenüber Vorjahr	57 436.–

D. Vermögensgewinnsteuer

Der Reinertrag beläuft sich auf Fr. 16990843.– (Fr. 15757743.–). Mehrertrag im Vergleich zum Voranschlag Fr. 1990843.– und gegenüber 1968 Fr. 1233100.–

Es wurden 8364 (9849) Veranlagungen getroffen. In 2050 (2758) Fällen ergab sich kein Vermögensgewinn. An Einsprachen wurden 492 (454) erledigt; hängig blieben 175 (243).

E. Nach- und Strafsteuern

Der Reinertrag beziffert sich auf Fr. 618 847.– (Fr. 709 949.–). Mehrertrag im Vergleich zum Voranschlag Fr. 218 847.–. Minderertrag gegenüber Vorjahr Fr. 911 02.–

Behandelt wurden 4883 (4484) Staats- und Wehrsteuerfälle. In 94 (818) Fällen sind Nach- und Strafsteuern gefordert worden. Der Rückgang ist auf die Amnestie zurückzuführen. Ihretwegen musste auch von der näheren Prüfung der im Berichtsjahr eingegangenen Inventare abgesehen werden.

Bussenverfahren wegen Inventarvergehen und Gehilfenschaft waren 0 (4) durchzuführen.

Erlassgesuche 7 (5), von denen 7 (3) gutgeheissen und 0 (2) abgewiesen wurden. Rekursfälle 6 (9), Verwaltungsgerichtsbeschwerden 0 (4) und Bundesgerichtsbeschwerden 1 (2).

F. Erbschafts- und Schenkungssteuer

Der Rohertrag ist mit Fr. 18664608.– (Fr. 15735569.–) ausgewiesen. Nach Abzug der Gemeindeanteile von Fr. 2988912.– (Fr. 2825442.–) und der Rückerstattungen (Handänderungsabgaben) von Fr. 1121210.– (Fr. 953676.–) verbleibt ein Reinertrag von Fr. 14554486.– (Fr. 11956451.–). Die Mehreinnahmen gegenüber dem Voranschlag (12 Millionen Franken) betragen Fr. 2554486.– und gegenüber dem Vorjahr Fr. 2598035.–

Behandelt wurden 11032 (10118) Fälle, von denen 5460 (4628) abgabepflichtig waren. Verwaltungsgerichtsbeschwerden 12 (5). Steuerbefreiungsgesuche 110 (100). Bussenfälle 7 (13).

G. Eidgenössische Wehrsteuer

Von früheren Perioden stehen noch aus:

	Fr.
9. und 10. Periode (1957/58 und 1959/60) gestundet	41 401.–
11. Periode (1961/62)	78 816.–
12. Periode (1963/64)	657 228.–
13. Periode (1965/66)	1 714 986.–

14. Periode (1967/68): Eingang 1969 Fr. 73 130 232.–; Kantonsanteil 25% = Fr. 18 282 558.–, zuzüglich etwa 9,5% aus dem Finanzausgleichsfonds unter den Kantonen = rund Fr. 69 470 000.–. Ausstand Ende 1969 Fr. 45 582 68.–

15. Periode (1969/70): Die Wehrsteuerrechnungen werden Ende Februar 1970 versandt.

Meldewesen: An Meldungen sind 24843 (30425) eingegangen und 26863 (11027) weitergeleitet bzw. erstattet worden. Meldungen juristischer Personen über ausgerichtete Verwaltungsratsentschädigungen 9409 (20). Repartitionsvorschläge anderer Kantone 1128 (588) und an andere Kantone 970 (32).

H. Eidgenössische Verrechnungssteuer

1. Verrechnungssteuer

a) **Ordentliches Verrechnungsverfahren:** Es sind 224119 (127530) Gutschriften mit einem gesamten Verrechnungssteuerbetrag von Fr.122785068.- (Fr.50187235.-) erteilt worden. Davon wurden Fr.121435479.- (Fr.47568415.-) mit Gemeinde- und Staatssteuern verrechnet und Fr.1349589.- (Fr.2618820.-) den Berechtigten direkt zurückerstattet. Im Veranlagungsjahr 1967 sind (umgerechnet auf 30%) Fr.83664660.- verrechnet bzw. rückerstattet worden. Der Zuwachs 1969 von Fr.39120408.- ist zum Teil auf die Amnestie zurückzuführen. Einspracheentscheide und Abänderungsverfügungen 376 (1033).

b) Vorzeitiges Rückerstattungsverfahren:

Art der Anträge	Anzahl	Verrechnungssteuerbeträge Fr.
Erbschaften	3 185 (2 469)	2 431 074.—
Lotteriegewinne	767 (684)	808 485.—
Übrige	858 (247)	628 171.—
Total	4 810 (3 400)	3 867 730.—

2. Rückerstattung von Quellensteuern auf ausländischen Erträgen

Gestützt auf die Vorschriften in den Doppelbesteuerungsabkommen mit ausländischen Staaten hatte sich das Verrechnungssteueramt auch mit der Kontrolle von Rückerstattungsanträgen betreffend ausländische Quellensteuern zu befassen:

DBA mit den USA (Rückerstattung des zusätzlichen Steuerrückbehals USA):

- a) im ordentlichen Verfahren 1763 (232) Anträge mit Fr.1432502.-;
- b) im vorzeitigen Verfahren 35 (35) Anträge mit Fr.38788.-.

Bescheinigungen über Wohnsitz und Versteuerung im Kanton Bern waren sodann abzugeben auf Grund der DBA mit Deutschland 2183 (1238), Finnland 2 (2), Frankreich 447 (413), Grossbritannien 137 (59), Irland 1 (1), Niederlande 1069 (707), Österreich 13 (12), Schweden 70 (75), Spanien 6 (4), Südafrika 10 (0), USA 1763 (0).

Pauschale Steueranrechnung gemäss DBA mit Frankreich, Grossbritannien, Irland, den Niederlanden, Schweden, Spanien und Südafrika:

Rückerstattungen im ordentlichen Verfahren 19 (50) mit total Fr.6589.- (Fr.38690.-), wovon dem Bund Fr.2194.- (Fr.12888.-) den Gemeinden Fr.2202.- (Fr.12396.-) und dem Staate Fr.2193.- (Fr.13406.-) belastet wurden.

3. Wertschriftenbewertung

Es sind insgesamt 2316 (1982) Bewertungen von Aktien und Anteilen bernischer Gesellschaften durchgeführt worden. In 32 (148) Einsprachefällen waren Vernehmlassungen abzugeben.

J. Gemeindesteuерwesen und Finanzausgleichsfond

Teilungspläne: Die Abteilung Gemeindesteuerwesen hat für 4787 (4812) Pflichtige die Gemeindesteuerteilung durchgeführt. Von 48 (39) Einsprüchen sind 26 (24) erledigt worden. Es wurde keine Beschwerde erhoben.

Finanzausgleich: Beitragsberechtigt waren 288 (285) Gemeinden mit einer Einwohnerzahl von 293560 (277627). Ausgerichtete Beiträge Fr.10832000.- (Fr.7970940.-). In 94 (66) Fällen mussten die Beiträge um insgesamt Fr.714360.- (Fr.345670.-) gekürzt werden. 78 (0) Gemeinden erhielten zusätzliche Beiträge von total Fr.500000.- (Fr.0) gemäss Artikel 7 Absatz 3 des Finanzausgleichsdekretes vom 2. September 1968. Aus dem Sonderfonds haben 268 (3) Gemeinden Beiträge von insgesamt Fr.1000000.- (Fr.86000.-) erhalten.

Die Beiträge der Gemeinden an den Finanzausgleichsfonds (Hauptfonds) beliefen sich auf Fr.5817640.- (Fr.5712100.-), die des Staates, einschliesslich Bankensteuern 1968, auf Fr.7329746.- (Fr.7242346.-).

Der Hauptfonds weist auf Ende des Berichtsjahres (ohne Ausstände) ein Vermögen von Fr.32044869.- (Fr.29035655.-) auf. Der Sonderfonds steht mit Fr.867198.- (Fr.1378927.-) zu Buch.

1. Netto-Steuerertrag 1968 nach Veranlagungskreisen

Konto 1945	Bern-Stadt Fr.	Mittelland Fr.	Seeland Fr.	Ermontal Fr.	Oberland Fr.	Jura Fr.	Total Fr.
200 Einkommensteuer natürliche Personen	81 280 970.65	86 118 061.80	62 187 477.01	46 502 051.77	52 283 682.31	50 150 240.17	378 522 523.71
210 Vermögensteuer natürliche Personen	9 382 968.65	8 780 247.—	5 709 204.35	5 409 515.55	5 357 419.50	4 460 209.50	39 099 364.30
201 Gewinnsteuer AG und GmbH	16 459 999.10	6 336 961.65	12 459 212.60	6 377 537.55	3 478 320.50	6 755 181.45	51 947 212.85
202 Gewinn- und Ertragsteuer der Genossenschaften	4 091 123.—	680 882.10	832 986.90	639 516.75	648 225.—	266 559.45	7 159 393.20
203 Einkommensteuer übrige Juristische Personen	840 891.85	296 573.25	418 483.20	288 443.05	224 684.35	110 134.05	2 179 209.75
205 Holdingsteuer	140 214.10	200 379.85	59 638.70	7 414.40	—	1 985.50	409 632.55
211 Kapitalsteuer AG und GmbH	5 425 755.35	1 503 733.20	2 684 736.45	1 740 436.25	1 191 284.80	1 871 490.30	14 417 436.35
212 Kapital- und Vermögensteuer	1 132 273.35	265 795.95	389 309.35	274 211.—	240 253.90	82 556.40	2 384 496.95
213 Vermögensteuer der Genossenschaften	345 440.90	120 503.—	353 641.—	155 108.65	197 818.45	205 961.35	1 378 473.35
204 Vermögensgewinnsteuer	—.—	8 238 879.75 ¹	2 931 794.95	1 659 577.70	2 649 768.70	1 510 322.30	16 990 843.40
220 Nach- und Strafsteuern	314 748.60	59 964.35	92 492.55	24 184.25	57 213.05	70 244.55	618 847.35
221 Eingang abgeschr. Steuern (nicht aufgeteilt)							163 609.55
	119 414 385.55	112 651 981.90	88 148 977.06	63 078 036.92	66 328 670.56	65 485 384.77	515 271 046.31

¹ Einschliesslich Gemeinde Bern

2. Netto-Steuerertrag 1968 nach Amtsbezirken bzw. Amtsschaffnereien

Amtsschaffnerei	Einkommensteuer natürliche Personen Fr.	Vermögen- steuer natürliche Personen Fr.	Gewinnsteuer AG und GmbH Fr.	Gewinn- und Ertragsteuer der Genossen- schaften Fr.	Einkommen- steuer übrige jurist. Personen Fr.	Holding- steuer Personen Fr.	Kapitalsteuer AG und GmbH Fr.	Kapital- und Vermögen- steuer der Genossensch. Fr.	Vermögen- steuer übrige jurist. Personen Fr.	Nachsteuer Fr.	Total Fr.
Aarberg	7 949 504.55	833 553.90	743 521.60	209 105.60	38 581.35	366 982.50	72 079.60	24 058.—	305 297.80	3 745.—	10 486 430.10
Aarwangen	13 288 561.40	1 775 852.50	2 709 390.—	59 006.45	148 549.55	5 189.40	910 908.65	19 716.35	76 854.40	729 673.25	19 725 092.95
Bern-Stadt	81 280 970.65	9 382 968.65	4 091 123.—	840 891.85	140 425 755.35	1 393.15	1 247 130.80	145 183.—	345 440.90	—	314 748.60
Bern-Land	73 174 979.28	7 141 145.95	5 420 564.10	271 289.20	1 393.15	987 671.50	7 739 733.05	57 497.45	95 959 905.03	—	95 959 905.03
Biel	51 701 882.16	4 562 107.80	11 635 992.55	613 914.50	367 531.65	59 638.70	2 335 085.50	319 744.50	2 551 704.90	88 747.55	74 549 396.06
Burgdorf	33 213 530.37	3 633 663.05	3 668 147.55	580 510.30	139 893.50	2 225.—	829 527.60	78 254.25	929 904.45	22 783.25	43 352 943.97
Courtelary	10 046 018.72	887 850.85	1 984 592.30	21 989.20	17 452.10	491 439.30	14 666.75	50 110.90	391 637.05	65 607.—	13 971 364.17
Delisberg	8 361 788.85	670 676.—	40 228.90	27 781.85	163 543.15	10 808.90	61 327.15	265 698.95	3 032.55	—	10 192 934.10
Erlach	2 536 090.30	313 542.65	9 966 98.25	9 966 98.25	42 668.45	4 183.35	9 838.50	74 792.25	—	3 113 150.90	—
Freiberge	2 247 550.—	1 844 008.20	175 501.20	9 445.40	5 074.25	47 512.85	3 409.25	8305.—	35 407.70	—	2 716 213.85
Fruiting	4 069 127.50	423 445.80	254 367.70	29 512.65	15 333.25	72 607.70	6 080.40	12 001.80	122 290.15	5 007 700.45	—
Konolfingen	12 943 082.32	1 366 101.05	966 397.55	291 210.55	25 334.05	198 986.70	256 602.40	120 612.95	21 735.50	489 546.70	16 692 076.87
Laufen	4 871 411.75	404 821.40	979 025.60	44 143.45	19 971.80	316 344.70	8 371.50	23 616.90	117 849.60	245.—	6 785 801.70
Münster	12 620 027.35	1 122 418.70	2 295 382.70	12 186.85	35 001.10	659 201.75	13 094.40	48 476.80	327 364.85	1 260.—	17 174 414.50
Neuenstadt	2 075 344.55	1 819 100.20	101 022.95	10 258.70	1 819.70	26 60.95	1 990.90	8445.95	177 479.40	—	2 592 153.30
Oberhasli	2 092 088.30	173 788.55	256 758.45	48 602.75	10 404.45	169 364.80	11 735.10	20 898.70	87 512.25	2 871 148.35	—
Pruntrut	9 928 088.95	1 083 812.10	548 980.70	128 406.95	3 033.25	1 985.50	126 757.60	30 314.70	5 678.65	195 384.75	12 052 503.15
Saanen	2 786 500.25	362 750.95	129 823.50	17 077.10	8 797.60	74 298.95	2 629.45	10 263.10	362 700.60	15 828.—	3 770 669.50
Thun-Stadt	14 561 333.95	1 384 346.85	916 104.40	294 859.40	34 238.45	272 595.40	128 462.05	8 711.45	—	19 150.85	17 619 872.80
Thun-Amt	28 774 572.31	3 013 087.35	921 271.45	258 163.10	155 910.60	602 417.95	91 346.90	145 943.40	2 077 265.70	19 300.70	37 059 279.46
Total	378 522 523.71	39 099 364.30	51 947 212.85	2 179 393.20	409 632.55	14 417 436.35	2 384 499.95	1 378 473.35	16 990 843.40	618 847.35	515 107 436.76

V. Personalamt

1. Besoldungen

Auf Beginn des Jahres 1969 trat eine 6%ige Reallohnheröhung in Kraft. Trotz der dadurch wesentlich erhöhten Besoldungen konnte auf dem Arbeitsmarkt bezüglich Rekrutierung von neuem Personal keine spürbare Verbesserung erzielt werden, weil die übrigen öffentlichen Verwaltungen sowie eine grosse Anzahl privater Betriebe analoge Massnahmen getroffen hatten. Dazu stieg die Teuerung auch im Berichtsjahr weiter an und bedingte gegen das Jahresende erneut die Ausrichtung einer rückwirkenden Teuerungszulage. Die mit 3,5% bemessene Nachteuerungszulage verbesserte das Lohnniveau von 105,51 auf 108,6 Indexpunkte, wobei aber der per Ende 1969 ermittelte durchschnittliche Landesindex der Konsumentenpreise schliesslich sogar 108,8 Punkte betrug.

2. Dienstverhältnisse

Die prekären Verhältnisse bei der Rekrutierung von Pflegepersonal riefen nach verbesserten Einreichungs- und Beförderungsmöglichkeiten für diese Personalkategorie, wobei aber auch beim übrigen Personal eine etwas flexiblere Aufstiegspraxis gehabt wurde. Günstig wirkte sich für die ältere Generation der Ausbau der herkömmlichen Dienstaltersgeschenksordnung aus, kommt nun doch das Personal vom 20. Dienstjahr hinweg alle 5 Jahre in den Genuss eines zusätzlichen Monatslohnes.

3. Personalkommission

Diese Kommission hielt im Berichtsjahr insgesamt 11 Sitzungen ab, wobei das Schwergewicht auf den Vorarbeiten für die Einführung einer zentral geleiteten Kaderschulung lag. Zu diesem Zwecke wurde vom Regierungsrat zudem eine 15köpfige Studienkommission ernannt, die zusammen mit den 8 Mitgliedern der Personalkommission in insgesamt acht Gesprächen mit Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft die Voraussetzungen zur Erreichung eines optimalen Wirkungsgrades der Chefbeamten in der öffentlichen Verwaltung zu ergründen versuchte und damit den Grundstein zur Einführung von Kaderkursen in der bernischen Staatsverwaltung legte.

Im übrigen hatte sich die Kommission zu Jahresbeginn mit 5 Gesuchen von Beamten zur Überprüfung ihrer Stelleneinreichung zu befassen.

4. Personalstatistik

Nur vorübergehend beschäftigte Aushilfen, Taglöhner, Putzfrauen usw. sind in der Statistik nicht enthalten.

Die Staatsverwaltung beschäftigte auf Ende 1969:

Direktionen	Männer	Frauen	Total	in Vollbeschäftigte umgerechnet	Veränderung gegenüber 1968
Präsidialverwaltung .	38	8	46	45	+ 1
Volkswirtschaft	299	163	462	450	- 12
Justiz	570	225	795	784	- 10
Gesundheitswesen .	653	723	1376	1360	- 3
Polizei	1301	190	1491	1490	+ 44
Militär	195	24	219	218	+ 1
Kirchen	543	8	551	549	- 1
Finanzen	469	130	599	590	+ 17
Erziehung	1485	718	2203	1829	+147
Bau	663	30	693	686	+ 9
Verkehr, Energie- und Wasserwirtschaft ...	50	23	73	71	+ 12
Forsten	270	17	287	221	+ 9
Landwirtschaft	211	102	313	311	- 10
Fürsorge	114	120	234	231	- 7
Gemeinde	10	3	13	12	+ 2
Total	6871	2484	9355	8847	+199

Die bedeutendsten Veränderungen im Personalbestand der einzelnen Direktionen erklären sich wie folgt:

Volkswirtschaftsdirektion (-12 Personen): Die Abnahme erklärt sich vor allem durch die Loslösung der IV-Regionalstelle Bern von der Volkswirtschaftsdirektion. Das Personal der IV-Regionalstelle Bern, die auf Ende 1968 insgesamt 21 Mitarbeiter beschäftigte, wird nunmehr nach den Normen der Bundesverwaltung besoldet.

Polizeidirektion (+ 44 Personen): Die Zunahme ist fast ausschliesslich auf den um 37 Personen erhöhten Bestand des Polizeikorps zurückzuführen. Ende 1969 zählte das Polizeikorps (inkl. 43 Rekruten) 845 Mann.

Finanzdirektion (+ 17 Personen): Bei der Steuerverwaltung, die wie fast alle Abteilungen der Staatsverwaltung mit grossen Personalrekrutierungsschwierigkeiten zu kämpfen hat, konnten diverse offene Stellen mit Verwaltungsbeamten besetzt werden. Eine leichte Erhöhung des Personalbestandes ist ferner bei der Liegenschaftsverwaltung und der Abteilung für Datenverarbeitung zu registrieren.

Direktion für Verkehr, Energie- und Wasserwirtschaft (+ 12): Der Auf- und Ausbau dieser im Jahre 1966 neu geschaffenen Direktion ist heute im wesentlichen abgeschlossen. Die meisten neuen Stellen mussten beim Wasser- und Energiewirtschaftsamt geschaffen werden.

Erziehungsdirektion (+ 147): Die weitaus grösste Zunahme des Personalbestandes der Staatsverwaltung entfällt auch im Jahre 1969 auf die Erziehungsdirektion, insbesondere auf die Universität, die an der bedeutenden Personalvermehrung dieser Direktion mit 125 neuen Stellen zur Hauptsache beteiligt ist. Die steigenden Studentenzahlen, die Durchführung neuer Spezialvorlesungen, der vermehrte Unterricht in Gruppen, die immer mehr notwendig werdenden Parallelvorlesungen usw. erforderten die Errichtung von 14 neuen Dozentenstellen, 52 Assistenten- und Oberassistentenstellen (inkl. Assistenzärzte und Oberärzte) und 59 neuen Stellen bei den Fakultäten, Instituten und Kliniken (Sekretärinnen, Laborantinnen, Krankenschwestern, Röntgenassistentinnen, Zeichner, Photographen, technische Spezialisten, Tierärzte, Chemiker usw.). Ende 1969 verzeichnete die Universität Bern mit ihren angeschlossenen Seminarien, Instituten und Kliniken einen Bestand von 1340 vom Staat besoldeten Stelleninhabern. Das Total der immatrikulierten Studierenden betrug auf Anfang Wintersemester 1969/70 5226. Es entfällt somit an der Universität auf je 4 Studierende eine vom Staat besoldete Stelle.

Wenn man bedenkt, dass im Jahr fünf 1965–1969 der Staatsverwaltung allein im Rahmen des Gewässerschutzes, des Zivil-

Entwicklung des Personalbestandes und der Besoldungen 1960–1969

Jahr	Personalbestand	Besoldungen inkl. Sozialzulagen		Besoldungen pro Kopf inkl. Sozialzulagen	
		absolut	1960=100 absolut in 1000 Fr.	1960=100	absolut in Franken
1960	6 727	100	87 557	100	13 016
1961	6 969	103,59	92 759	105,94	13 310
1962	7 172	106,61	107 771	123,09	15 027 ²
1963	7 420	110,3	117 338	134,01	15 809
1964	7 649	113,7	124 497	142,19	16 276
1965	7 794	115,99	137 416 ¹	156,95	17 611 ²
1966	7 974	118,53	145 053 ¹	165,67	18 191
1967	8 323	123,72	154 598 ¹	176,57	18 575
1968	8 648	128,55	163 236 ¹	186,43	18 876
1969	8 847	131,51	188 239 ¹	214,99	21 277 ³
					163,46

¹ Ohne Besoldungen der nur vorübergehend beschäftigten Aushilfen.

² Reallohnheröhungen.

³ Auf 1. Januar 1969 trat nebst einer Reallohnheröhung von 6% auch die verbesserte Dienstaltersgeschenkkordnung in Kraft. Eine wesentliche Verbesserung erfuhren die Gehälter der Assistenzärzte und Oberärzte sowie des übrigen wissenschaftlich tätigen Hochschulpersonals. Für das Pflegepersonal mussten verbesserte Einreichungs- und Beförderungsmöglichkeiten geschaffen werden.

schutzes, der Autobahnpolizei, der Motorfahrzeugkontrolle, der AHV und IV, der Planung usw. zahlreiche neue Aufgaben überbunden wurden und kantonale Schulen, Seminarien, Anstalten und Techniken vergrössert oder neu erstellt werden mussten, so hält sich die jährliche Erhöhung des Personalbestandes (ohne Universität) in einem bescheidenen Rahmen.

VI. Versicherungskasse

A. Versicherungskasse der bernischen Staatsverwaltung

Am 6. November 1968 hat der Grosse Rat mit Wirksamkeit ab 1. Januar 1969 eine Erhöhung der Grundbesoldungen des Staatpersonals um 6% beschlossen. Am gleichen Tag verabschiedete er zudem das Abänderungsdekret zum Dekret über die Versicherungskasse im Sinne einer Erhöhung des Koordinationsabzuges von Fr. 1000.– auf Fr. 1500.–, die sich im Zusammenhang mit der 7. AHV-Revision aufdrängte. Ferner wurde die Witwenrente auf einheitlich 37,5% des anrechenbaren Jahresverdienstes erhöht. Diese Änderung bedingte gleichzeitig eine Verbesserung der Rentenskala für Invalide, indem der Ansatz für die ersten 5 Jahre einheitlich auf 40% des anrechenbaren Jahresverdienstes festgesetzt wurde. Ferner sieht das Abänderungsdekret eine Anpassung des Rentenzuschlages an die erhöhten AHV- und IV-Renten sowie eine jährliche ausserordentliche Leistung des Staates von 1,3 Millionen Franken zur Verzinsung des fehlenden Deckungskapitals vor.

Am 11. November 1969 genehmigte der Grosse Rat das Dekret über die Gewährung einer Nachteuerungszulage von 3,5% an die Rentenbezüger der Versicherungskasse und die Teuerungszulagen pro 1970, die auf 32% für Rentenbezüger, die vor dem 1. Januar 1965 und auf 24% für solche die nach diesem Datum zurückgetreten sind, festgesetzt wurden.

Aus der Erhöhung des anrechenbaren Jahresverdienstes im Zusammenhang mit der Besoldungsrevision sind der Rentenversicherung Fr. 3157604.80 und der Sparkasse Fr. 283135.75 zugeflossen. An die Rentenbezüger sind zu Lasten des Staates Fr. 4904907.– an Teuerungszulagen ausgerichtet worden.

Jahresrechnung 1968

	Fr.
Einnahmen inkl. ausstehende Beiträge	42 059 488.10
Ausgaben	18 339 126.25
Einnahmenüberschuss 1969	23 720 361.85

Kapitalbestand am 31. Dezember 1969	303 308 452.05
Kapitalbestand am 31. Dezember 1968	279 588 090.20
Kapitalvermehrung 1969	23 720 361.85

Sparkasse

Einnahmen	4 553 341.10
Ausgaben	2 512 310.60
Ausgabenüberschuss 1969	2 041 030.50
Kapitalbestand am 31. Dezember 1969	27 906 798.65
Kapitalbestand am 31. Dezember 1968	25 865 768.15
Kapitalvermehrung 1969	2 041 030.50

Unterstützungskasse

Einnahmen	535 302.55
Ausgaben	24 248.—
Einnahmenüberschuss 1969	511 054.55

Kapitalrechnung

Kapitalbestand am 31. Dezember 1969	1 301 415.25
Kapitalbestand am 31. Dezember 1968	790 360.70
Kapitalvermehrung 1969	511 054.55

B. Zweigstelle Staatspersonal der Ausgleichskasse des Kantons Bern.

Im Zusammenhang mit der 7. AHV-Revision und der ebenfalls auf den 1. Januar 1969 in Kraft getretenen Besoldungsrevision erfuhren die Einnahmen der Zweigstelle Staatspersonal aus Beiträgen und Verwaltungskosten eine beträchtliche Erhöhung und erreichten im Geschäftsjahr der Ausgleichskasse (1. Februar 1969 bis 31. Januar 1970) die Summe von Fr. 18803263.20. Auf den 1. Januar 1969 wurden auch die Ansätze der Erwerbsausfallentschädigungen erhöht. Es wurden im gleichen Zeitraum an Erwerbsausfallentschädigungen Fr. 1305975.40 verrechnet, wovon dem Staat Bern Fr. 995393.35 vergütet werden konnten. Als Verwaltungskostenbeitrag erhielt die Zweigstelle von der Hauptkasse den Betrag von Fr. 134047.–. An die Hauptkasse wurden im Geschäftsjahr 1969 insgesamt Fr. 17560000.– abgeliefert. Die zweimalige Revision der Zweigstelle durch die von der Hauptkasse eingesetzte Revisionsstelle gab zu keinen besondern Bemerkungen Anlass.

VII. Liegenschaftsverwaltung

Grundstückverkehr. Im Berichtsjahr wurden für den Bau der Haupt- und Umfahrungsstrassen bzw. zur Leistung von Realersatz im Landumlegungsverfahren folgende Kaufverträge abgeschlossen:

Verkäufer	Vertragssache	Gemeinde	Amtl. Wert Fr.	Halt a
Autobahnamt des Kantons Bern	3 Landparzellen	Lyssach	18 156.—	131,02
Hans Blatter, Niederried	1 Land-/Waldparzelle	Niederried	2 820.—	120,72
Gérard Willemin, Boécourt	1 Landparzelle	Boécourt	2 290.—	71,60
Gérard Willemin, Boécourt	1 Landparzelle	Bassecourt	90.—	4,22
Andreas Fankhauser, Signau	1 Landparzelle	Signau	2 900.—	76,98
Fr. Frey-Känel, Erbengemeinschaft	9 Landparzellen	Bargen	32 060.—	690,40
Fritz Bürki, Vallorbe	2 Landparzellen	Burgistein	2 520.—	99,57
Ch.-H. Michelis, La Chaux-de-Fonds	3 Landparzellen	Les Bois	10 750.—	63,17
Emma Pauli-Känel, Münsingen	2 Landparzellen	Bargen	29 930.—	598,50
M. Bréchet-Hubleur, Soyhières	2 Landparzellen	Liesberg	1 270.—	42,60
Johann Riedwyl, Belp	1 Landparzelle	Belp	1 260.—	32,47
				1931,25

Tauschweise von:

Alberte Chapuis, Develier	Landparzelle	Develier	20.—	5,25
Henri Chariatte, Develier	3 Landparzellen	Develier	210.—	36,40
César Jeker, Boécourt	2 Landparzellen	Boécourt	160.—	4,40
Total				1977,30

Die Kaufpreise für die hievor aufgeführten Liegenschaftskäufe hielten sich durchwegs in angemessenem Rahmen und wurden auf Grund des Grossratsbeschlusses vom 15. November 1962 über entsprechende Sonderkontos verbucht.

Statistik über die Landkäufe für den National-, Haupt- und Umfahrungsstrassenbau:

1958	321 982 m ²
1959	420 601 m ²
1960	599 023 m ²
1961	632 287 m ²
1962	550 064 m ²
1963	397 019 m ²
1964	580 908 m ²
1965	560 339 m ²
1966	300 082 m ²
1967	49 890 m ²
1968	304 085 m ²
1969	197 730 m ²
Total	4 914 010 m²

Reben

Die Reben in Spiez ergaben im Berichtsjahr einen Ertrag von 11250 kg weissen und 10650 kg roten Trauben, im Total somit 21900 kg. Im Vergleich zum Vorjahr (1968: 13500 kg weisse und 16675 kg rote = 30175 kg) bedeutet dies ein Minderertrag von 8275 kg, der auf das im Regenjahr 1968 schlecht gereifte Fruchtholz sowie auf die Rodung der Rebparzelle am See zurückzuführen ist. Diese Parzelle wird mit reblausresistenten Sorten neu bepflanzt.

Der Reinertrag im Berichtsjahr betrug dementsprechend nur Fr.1480.90 (1968: 3856.60).

Das Erntergebnis der Reben in Neuenstadt betrug nur Fr.7965.–, das allerdings durch eine Hagelschadenentschädigung von Fr.2135.– verbessert wird. Im Vergleich zum Vorjahr (1968: Fr.19070.35) ist es um Fr.11105.35 geringer.

A. Ankäufe

Amt Aarwangen

Zum Zwecke der Erstellung einer Motorfahrzeugprüfahalle wurde von der Burgergemeinde Thunstetten die Parzelle Nr.1463 im Halte von 38,39 Aren und mit einem amtlichen Wert von Fr.1690.– zum Preise von Fr.115170.– erworben.

Amt Bern

Zwecks Erstellung eines Neubaues des Weltpostvereins beteiligte sich der Staat Bern zu einem Drittel (und die Einwohnergemeinde Bern zu zwei Dritteln) am Ankauf der Parzelle Nr.3733 der Burgergemeinde Bern, wobei auf den Staat Fr.666000.– als Kaufpreis entfielen. Die Drittelparzelle hat einen Halt von 22,95 Aren und einen amtlichen Wert von Fr.45900.–.

Für zukünftige Erweiterungen von Universitätsinstituten wurden von Dr.med. P. Garnier die beiden Parzellen Nr.215 und 403 Erlachstrasse Nr.17 und Donnerbühlweg samt dem darauf stehenden Wohnhaus im totalen Halte von 19,20 Aren und mit einem amtlichen Wert von Fr.397900.– zum Preise von Fr.1400000.– erworben.

Ein der Einwohnergemeinde Bern gehörendes Teilstück der ehemaligen Hochschulstrasse im Halte von 46,94 Aren wurde ohne Entschädigung übernommen und mit der Parzelle Nr.699 «Grosse Schanze» vereinigt. Amtlicher Wert = 0.

Von der Firma Wohnpark AG und Otto Künzi AG wurde zum Preise von 6 Millionen Franken die Liegenschaft Gerechtig-

keitsgasse Nr.63 mit einem amtlichen Wert von Fr.3 866900.– und einem Halte von 6,41 Aren erworben. Sie war bisher für die Baudirektion nur gemietet worden.

Von der Immobiliengesellschaft Ringhof AG wurden die beiden Liegenschaften Schermenweg 9 und 11 zum Preise von Fr.8387711.75 im amtlichen Werte von Fr.9912600.– erworben.

Amt Courteulary

Zwecks Erstellung einer Einstell-, Lager- und Reparaturhalle für die automobiltechnische Abteilung des Technikums Biel wurde in Vauffelin ein Teilstück der Parzelle Nr.36 im Halte von 100,08 Aren und mit einem amtlichen Wert von Fr.2000.– zum Preise von Fr.60000.– von der Burgergemeinde Vauffelin erworben. Auf Wunsch der Direktion der Eidgenössischen Bauten verzichtete der Staat auf das ursprünglich vorgesehene Grundstück zugunsten der Eidgenossenschaft und erwarb ein teureres Teilstück der gleichen Parzelle, wobei die Eidgenossenschaft dem Staat die Preisdifferenz von Fr.30000.– zurück erstattete.

Amt Interlaken

Für den Aufbau eines Freilichtmuseums für bäuerliche Architektur auf dem Ballenberg wurden in den beiden Gemeinden Hofstetten und Brienzwiler von verschiedenen Verkäufern insgesamt 50 Parzellen im Halte von 2205,35 Aren und mit einem amtlichen Wert von Fr.58630.– zum Preise von Fr.385630.– erworben.

Amt Münster (Moutier)

Zwecks Eröffnung einer Werkstatt für die Wiedereingliederung der Patienten von Bellelay (Atelier protégé) wurde in Tavannes von der Firma Ebauches Tavannes SA die Parzelle Nr.48 mit Fabrikgebäude und Bürotrakt im amtlichen Wert von Fr.555400.– zum Preise von Fr.300000.– erworben. Der Halt beträgt 18,57 Aren.

B. Verkäufe und Abtretungen

Amt Bern

Zur Erstellung des zukünftigen Autobahnanschlusses Wankdorflplatz wurde die Parzelle Nr.1972 im Halte von 53,54 Aren zusammen mit den darauf stehenden 9 Personalwohnhäusern für Fr. 885000.– dem Autobahnamt abgetreten. Amtlicher Wert: Fr.304000.–

Amt Fraubrunnen

Zur Erstellung von Autoabstellplätzen für Gottesdienstbesucher und zur Verbreiterung der Oberdorfstrasse in der Gemeinde Münchenbuchsee wurde der Einwohnergemeinde die Parzelle Nr.1207 im Halte von 4,27 Aren und mit einem amtlichen Wert von Fr.20500.– zum Preise von Fr.20496.– abgetreten.

Amt Konolfingen

Zur Verbreiterung des Dorfmattweges in Münsingen wurde der Einwohnergemeinde Teilstücke der drei Parzellen Nrn.26, 1622 und 19 im Halte von 3,41 Aren und mit einem amtlichen Wert von Fr.7320.– zum Preise von Fr.1705.– abgetreten.

Ebenso wurde zur Verbreiterung der Aeschistrasse der Einwohnergemeinde Münsingen ein Teil der Parzelle Nr.643 im Halte von 6,40 Aren und mit einem amtlichen Wert von Fr.11520.– zum Preise von Fr.5120.– abgetreten.

Amt Niedersimmental

Zur Verbreiterung des Käsereigässlis in Wimmis wurde der Einwohnergemeinde Wimmis von der Amthausparzelle Nr.688

ein Stück Land von 16 m² mit einem amtlichen Wert von Fr.240.– zum Preise von Fr.80.– überlassen.

Zwecks Korrektion der Staatsstrasse wurden der Schul- und der Kirchgemeinde Diemtigen 57 m² mit einem amtlichen Wert von Fr.110.– unentgeltlich von der Pfrundparzelle Nr.121 abgetreten.

Amt Obersimmental

Der Alpweggenossenschaft Zweisimmen-Heimersberg-Neuenberg und der Einwohnergemeinde Zweisimmen wurde zum Ausbau des Alpweges von der Parzelle Nr.1410 ein Teilstück im Halte von 12,65 Aren mit einem amtlichen Wert von Fr.700.– zum Preise von Fr.2530.– abgetreten.

Der Alpweggenossenschaft Zweisimmen-Sparenmoos sowie der Einwohnergemeinde Zweisimmen wurden zum Ausbau des Alpweges von den Parzellen Nrn.374, 571, 1341 und 1410 einzelne Teilstücke im totalen Halte von 7,32 Aren und mit einem amtlichen Wert von Fr.75.– zum Preise von Fr.660.– abgetreten.

Amt Signau

Der Kirchgemeinde Trub wurde der auf der Pfrundparzelle Nr.313 gelegene Kirchenchor im Halte von 1,12 Aren und mit einem amtlichen Wert von Fr.34800.– unentgeltlich abgetreten. Die Kirchendirektion bezahlte dazu noch eine Ablösungssumme von Fr.60000.– für den zukünftigen Unterhalt des Chores. Zum Zwecke der Strassenkorrektion und der Erstellung eines Trottoirs wurde der Einwohnergemeinde Röthenbach von den Pfrundparzellen Nrn. 7 und 8 149 m² mit einem amtlichen Wert von Fr.130.– zum Preise von Fr.447.– abgetreten.

C. Abtausch

Amt Bern

Zwecks Marchbereinigung wurden in der Gemeinde Zollikofen von der Burgergemeinde der Stadt Bern 4,29 Aren Wald mit einem amtlichen Wert von Fr.130.– gegen 27,94 Aren Wald der Parzelle Nr.20 mit einem amtlichen Wert von Fr.1175.– wertgleich eingetauscht.

Zusammenstellung

Zuwachs durch Ankäufe und Abtausch (ohne National- und Hauptstrassen)

Amtsbezirk	Gebäude Zahl	Erdreich ha	a	m ²	Amtlicher Wert Fr.	Kaufpreis Fr.
Aarwangen		46	34		1 690.—	
Bern	1	23	80		14 224 680.—	16 453 711.75
Burgdorf	3	91	30		14 730.—	—.—
Courtelary	1	00	08		1 270.—	30 000.—
Fraubrunnen		2	39		—.—	—.—
Interlaken	22	20	74	98	71 280.—	361 630.—
Münster	2		18	57	555 400.—	300 000.—
Nidau				94	150.—	7 520.—
Pruntrut	5		88	99	2 588 220.—	—.—
	33	28	47	39	17 457 420.—	17 268 031.75

Abgang durch Verkäufe und Abtausch

Amtsbezirk	Gebäude Zahl	Erdreich ha	a	m ²	Amtlicher Wert Fr.	Kaufpreis Fr.
Aarwangen		1	03		462.—	245.—
Bern	9	81	48		305 175.—	885 000.—
Fraubrunnen		6	47		20 500.—	20 496.—
Konolfingen		9	81		18 840.—	6 825.—
Pruntrut		3	31		—.—	—.—
Signau	1		2	61	34 930.—	447.—
Obersimmental		19	97		775.—	3 190.—
Niedersimmental			73		420.—	190.—
	10	1	25	41	381 102.—	916 393.—

Ausweis über die Veränderungen

	Erdreich ha	a	m ²	Amtlicher Wert Fr.
Stand der Domänen per 1. Januar 1969	3486	53	04	308 047 082.—
Zuwachs pro 1969 durch Ankäufe und Tausch	28	47	39	17 457 420.—
Berichtigungen	12	45	86	26 832 106.—
Amtliche Bewertungen				7 545 700.—
	3527	46	29	359 882 308.—
Abnahme pro 1969 durch Verkäufe und Tausch	1	25	41	916 393.—
Berichtigungen	8	97	11	426 370.—
Amtliche Bewertungen				415 700.—
Stand der Domänen am 31. Dezember 1969	3517	23	77	358 123 845.—

VIII. Statistisches Bureau**1. Bevölkerungsstatistik**

Die seit 1965 fortgeschriebenen Einwohnerzahlen der 492 bernischen Gemeinden wurden für 1968 erstmals im Rahmen der «Beiträge zur Statistik des Kantons Bern» (Reihe A, Heft 2) eingehend kommentiert. Die Registerzählungen ergaben für den Kanton Bern je auf den 31. Dezember folgende Bestandeszahlen:

Jahr	Wohnbevölkerung	Zuwachs absolut	in %
1965	960 600		
1966	971 500	+10 900	+1,13
1967	982 400	+10 900	+1,12
1968	992 900	+10 500	+1,07
1969	1 001 900	+ 9 000	+0,91

Eine weitere Publikation (Beiträge, Reihe A, Heft 1) befasste sich in Form eines Aufsatzes mit den Bevölkerungswanderungen im Kanton Bern, insbesondere mit deren vielfältigen Ursachen und Wirkungen.

2. Produktionsgrundlagen/Produktionsstatistik**a) Landwirtschaftsstatistik**

Die vorläufigen Ergebnisse der Eidgenössischen Landwirtschaftszählung vom 30. Juni 1969 zeigen für die bernische Landwirtschaft seit 1955 folgende Entwicklung:

Kanton Bern	1955	1965	1969	Veränderung 1955-1969 absolut in %
Landwirtschaftsbetriebe	38 614	31 865	30 395	- 8 219 - 21,3
Landwirtschaftliche Nutzfläche in ha*	229 825	228 366	229 467	- 358 - 0,2
davon offenes Ackerland (ha)	67 354	65 694	64 619	- 2 735 - 4,1
Rindvieh, total	319 232	346 014	379 882	+ 60 650 + 19,0
davon Kühe	178 017	182 045	183 547	+ 5 530 + 3,1
Schweine	203.064	292 823	329 939	+ 126 875 + 62,5
Ständige Arbeitskräfte (Männer)	61 530	44 687	39 961	- 21 569 - 35,1
Gelegentliche Arbeitskräfte	48 875	46 740	50 376	+ 1 501 + 3,1
Traktoren und Motormäher	18 905	34 694	37 996	+ 19 091 + 101,0

* Ohne Sömmerrungsweiden.

Obige Tabelle macht die allgemeinen Entwicklungstendenzen in der Landwirtschaft deutlich:

Konstante Nutzfläche, aber Rückgang der Anzahl Betriebe und hauptberuflichen Arbeitskräfte, kompensiert durch eine rapide

Zunahme der mechanischen und motorischen Ausrüstung. Auch die Veränderungen in der Viehhaltung (Verminderter Anteil des Kuhbestandes, starke Vermehrung der Schweine) sind zu beachten.

b) Betriebszählung 1965

Im Berichtsjahr wurde zur Erarbeitung eines Gemeindespiegels die Auswertung der Betriebszählung 1965 gefördert, insbesondere gemeindeweise die Prozentanteile der Beschäftigten nach Sektoren berechnet. Ein Teil der Arbeiten wird im Jahre 1970 publiziert werden.

c) Beschäftigung in Industrie und Baugewerbe

Die seit 1944 durchgeführte Statistik der Beschäftigten wurde auch im abgelaufenen Jahr weitergeführt. Die Indizes des beschäftigten Betriebspersonals (Jahresdurchschnitt 1944 = 100) betrugen je Ende des 4. Quartals:

Jahr	Alle Industrien (Gewogen)	Baugewerbe	Gewogener Gesamt- index
1967	169,5	173	170,2
1968	169,9	169	169,7
1969	168,7	190	173,0

Die gute Beschäftigungslage hielt nach wie vor an und hat sich auf dem Bausektor nochmals verbessert.

d) Wohnungsproduktion

Auch für 1969 wurde in den bernischen Gemeinden die Zahl der neuerstellten Wohnungen nach Typ und Finanzierungsart ermittelt. Das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (BIGA) führte die Erhebung in den 179 grösseren Gemeinden (mehr als 1000 Einwohner) durch, während das Statistische Bureau des Kantons Bern die Ergebnisse in den kleineren Gemeinden feststellte. Seit 1965 ergab sich folgende Entwicklung:

Jahr	Neuerstellte Wohnungen (Kanton Bern)	Gesamtbestand an Wohnungen Ende Jahr	Leerstehende absolut	Wohnungen in %
(83 Gemeinden mit über 2000 Einw.)				
1965	7 241	208 000	775	0,37
1966	7 438	213 000	1 020	0,48
1967	8 621	219 000	1 078	0,49
1968	8 078	225 000	904	0,40
1969	8 064	230 500	960	0,42

Die gemeindeweise Entwicklung der Wohnungsproduktion seit 1951 wurde in Heft 1 der Reihe C eingehend analysiert.

3. Finanzstatistik

a) Gemeindesteuerstatistik

Im Berichtsjahr wurde die *Statistik der Gemeindesteuern 1967* (vgl. Nr.6 der Sonderhefte des Statistischen Bureaus: *Statistik der Gemeindesteuern im Kanton Bern für 1963*) fertiggestellt, deren Veröffentlichung im Jahre 1970 erfolgen wird.

Die seit 1945 jährlich herausgegebenen *Steuerkraftelelemente* wurden verarbeitet und die Ergebnisse in einer Publikation kommentiert (vgl. Beiträge zur *Statistik des Kantons Bern, Finanzstatistik, Heft 1*).

Wie üblich wurden *Steuerkraft, Steuerbelastung und relative finanzielle Tragfähigkeit* für das letzte Rechnungsjahr (1967) berechnet und zusammengestellt.

Die Publikation der *Gemeindesteueranlagen* für 1969 wurde dahingehend erweitert, dass die Klassifikation nach Ämtern ersichtlich ist.

Für die Eidgenössische Steuerverwaltung wurde eine *Schätzung der Steuererträge nach Steuerarten* für das Jahr 1967 erstellt.

b) Gemeindefinanzstatistik

Für das Rechnungsjahr 1967 wurden erstmals die Gemeindeausgaben nach funktionaler und volkswirtschaftlicher Gliederung statistisch aufgearbeitet und in den Beiträgen des Statistischen Bureaus herausgegeben (Kantonsergebnisse und Resultate für die Agglomeration Bern).

c) Finanzausgleich/Schulhausbausubventionen/Kostenverteilter

Im Zusammenhang mit der Ausführung des neuen Beitragsgesetzes vom 29. September 1968 erstellte das Statistische Bureau in Zusammenarbeit mit der Abteilung für Datenverarbeitung umfangreiche Maschinentabellen für die Gesundheitsdirektion (Bau- und Betriebsbeiträge an Spitäler) und die Volkswirtschaftsdirektion (Baubeiträge an Berufsschulbauten). Im Berichtsjahr wurden für die Erziehungs- und Gemeindedirektion 41 Schulhausbausubventionen berechnet. Ferner wurden verschiedene Vorschläge für die Verteilung von Betriebskosten (Schulverbände, Berufsberatungsstellen, Bezirksspitäler usw.) ausgearbeitet.

d) Diplomarbeiten

H.R. Meyer untersuchte die Entwicklung und Struktur der Gemeindefinanzen in der Agglomeration Bern zwischen 1950 und 1967. Diese Arbeit erschien als Nr.17 der Sonderhefte.

G. Bodmer unternahm den Versuch eines interkantonalen Vergleichs der bernischen Infrastruktursubventionen (Sonderheft Nr.18).

Der gleiche Autor befasste sich im Rahmen einer Seminararbeit mit den Möglichkeiten der Beurteilung der Wirtschaftlichkeit der bernischen Privatbahnen (Beiträge zur *Statistik des Kantons Bern, Reihe D, Heft 1*).

4. Publikationen

Zusammenfassend ergibt sich im Jahre 1969 folgende publizistische Tätigkeit des Statistischen Bureaus:

a) Sonderhefte

Nr.17: Entwicklung und Struktur der Gemeindefinanzen der Agglomeration Bern (1950–1967).

Nr.18: Die bernischen Infrastruktursubventionen. Versuch eines interkantonalen Vergleichs.

b) Beiträge zur *Statistik des Kantons Bern*

Reihe A, Heft 1: Bevölkerungswanderungen im Kanton Bern.

Reihe A, Heft 2: Die Wohnbevölkerung des Kantons Bern Ende 1968.

Reihe B, Heft 1: Die Steuerelemente der bernischen Gemeinden 1967.

Reihe B, Heft 2: Die Ausgaben der bernischen Gemeinden 1967.

Reihe C, Heft 1: Die Wohnbautätigkeit in den Gemeinden des Kantons Bern 1951 bis 1968.

Reihe D, Heft 1: Möglichkeiten der Beurteilung der Wirtschaftlichkeit der bernischen Privatbahnen.

c) Einzelpublikationen

Steuerkraft, Steuerbelastung und relative finanzielle Tragfähigkeit der bernischen Gemeinden im Steuerjahr 1967.

Kanton Bern: Steueranlagen der Gemeinden und Steuersätze der Kirchgemeinden für 1969.

IX. Abteilung für Datenverarbeitung

1. Allgemeines

Der Arbeitsumfang der Abteilung für Datenverarbeitung hat gegenüber dem Vorjahr wiederum zugenommen. Während sich die Auswertungen etwa im gleichen Rahmen hielten wie 1968, ist der Aufwand auf dem Sektor Planung, Organisation und Programmierung um rund 50% grösser geworden. Für die Planung und Übernahme neuer Arbeitsgebiete auf die elektronische Datenverarbeitung stand relativ wenig Zeit zur Verfügung; denn im Zusammenhang mit der Anschaffung einer neuen Datenverarbeitungsanlage musste das leitende Personal während über 100 Wochen für die Beurteilung der eingeforderten Offerten und für die Tests auf den vorgeschlagenen Anlagen eingesetzt werden.

In einem harten Konkurrenzverfahren wurden die drei interessantesten Vorschläge gründlich überprüft und mit praktischen Tests auf den offerierten Maschinen erprobt. Die mehrmalige Modifikation der Angebote bedingt, dass im Frühling 1970 ein weiterer Test vorgenommen wird, der dann die Grundlage für den Entscheid über die Anschaffung einer neuen Anlage liefern soll.

Weitere Schwerpunkte der Tätigkeit bildeten die Übernahme des Arbeitsgebietes «Beherbergungsabgabe» für das Amt für Fremdenverkehrsförderung, die Fortsetzung der Arbeiten zur Lösung des Besoldungswesens für das Inselspital sowie die Übernahme und Anpassung der Programme für die Studentenkartei und das Einschreibeverfahren der Universität Bern. Die beigegebene Zusammensetzung orientiert über den heutigen und den für die Zukunft vorgesehenen Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung.

Wie bisher musste viel Zeit für die Ausbildung des neuangestellten Personals aufgewendet werden. Die früheren Anstrengungen beweisen, dass sich diese Investitionen auf lange Sicht vielfach bezahlt machen.

Erfreulicherweise konnten die Einnahmen aus kantonsfremden Mitteln im Berichtsjahr noch einmal um über Fr.100000.– auf total Fr.600000.– erhöht werden.

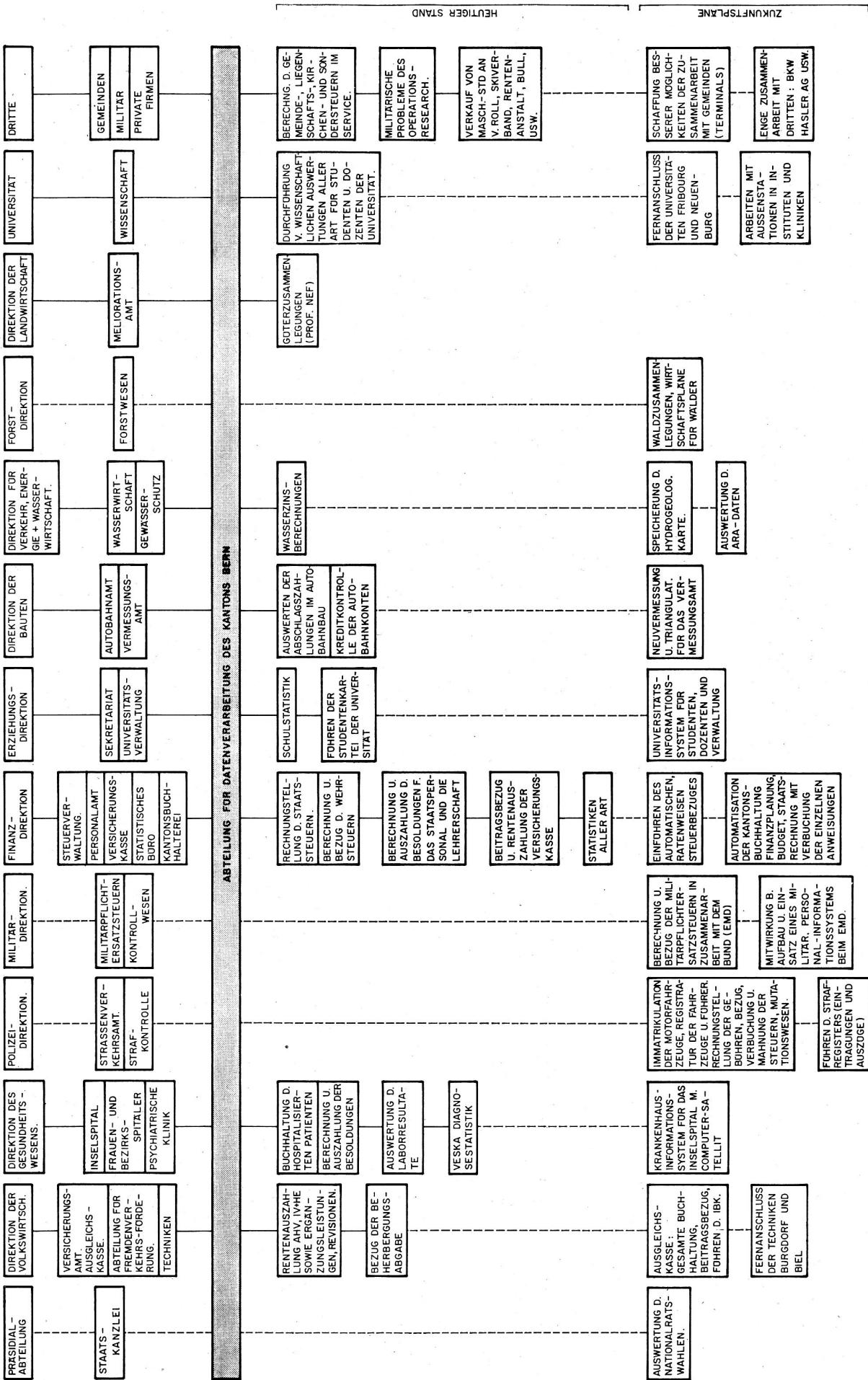
Fünf konventionelle Lochkartenmaschinen (Sorter, Mischer, Reproduzierlocher, Photolecteur, Beschrifter) wurden nach mehrjähriger Miete zu sehr günstigen Bedingungen definitiv gekauft. Sie bleiben unentbehrliche Hilfsmittel, solange die Lochkarten zur Datenerfassung verwendet werden.

2. Planung, Organisation, Programmierung

Durch die Anstellung von drei neuen Programmierern und eines Adjunkten ist die Leistungsfähigkeit der Planungsgruppe der Abteilung für Datenverarbeitung merklich erhöht worden. Im Hinblick auf die mit der Anschaffung einer neuen Anlage demnächst einsetzende Grossplanung für die Übernahme ganz neuer Arbeitsgebiete wird es allerdings nötig

VERWALTUNG DES KANTONS BERN

STAND 1.1.70



sein, den Personalbestand noch rascher und massiver zu erhöhen. Leider herrscht auf dem Arbeitsmarkt bezüglich solcher Fachkräfte eine sich ständig verstärkende Konkurrenz.

Die wichtigsten Planungs- und Programmierungsarbeiten im Jahre 1969 waren:

- Vorstudien zum Erstellen der Verfügungen und Nachzahlungsbelege für die kantonalen Ergänzungsleistungen der Ausgleichskasse.
- Fortsetzung und Abschluss der Programmierungsarbeiten für das Besoldungswesen des Inselspitals.
- Organisation und Programmierung der Wasserzinsberechnungen für Kraftwerke im Auftrag des Wasser- und Energiewirtschaftsamtes.
- Erstellen eines Arbeitsablaufes zur Durchführung und Überwachung des Bezuges der kantonalen Beherbergungsabgaben im Auftrag des Amtes für Fremdenverkehrsförderung.
- Umfangreiche Arbeiten im Zusammenhang mit der Beschaffung einer neuen Datenverarbeitungsanlage: Besichtigung neuer Maschinen und moderner Einsatzmöglichkeiten, fachtechnisches Studium und Beurteilung der eingegangenen 6 Offerten, Zusammenstellung der wichtigsten Daten, Vorbereitung und Durchführung eigener Testbeispiele auf 3 neuen Anlagen in der Schweiz und im Ausland, Präsentation der Ergebnisse als Entscheidungsgrundlage für die Rechengerätekommision.

3. Auswertungen

Der Arbeitsaufwand für die Auswertungen im Jahre 1969 ist für die Verwaltung ungefähr gleich geblieben wie im Vorjahr. In den Wintermonaten musste wiederum ein Zweischichtenbetrieb eingeführt werden. Für die Bewältigung von Arbeitsspit-

zen – im November waren beispielsweise über 300000 Steuerrechnungen zu erstellen – wurde jeweils die ganze Woche ohne Unterbruch durchgearbeitet.

Zu den bisherigen Arbeiten sind folgende neuen Auswertungen gekommen:

- Durchführung der Besoldungsabrechnung für das Inselspital mit über 20 monatlichen und 15 jährlichen Programmen.
- Ablochen und Übertragen der 25000 Datenkarten für die Auswertung der Beherbergungsabgaben.
- Erstellen einer Statistik zur Beurteilung der neu festgesetzten amtlichen Werte der Liegenschaften für die Steuerverwaltung.

Das Bedienungspersonal erledigte rund 2000 Aufträge für die Universität (Fortran-Compilationen, Tests und Auswertungen) in insgesamt 1256 Gamma-30-Stunden. Für die Arbeiten der Verwaltung und der Universität sind 925 Magnetbandspulen eingesetzt zur Daten- und Programmspeicherung sowie für die Datenarchivierung.

Die Wartung des Gamme 30 S besorgte die Lieferfirma Bull General-Electric während 50 Halbtagen zu je 4 Stunden. Im Berichtsjahr traten 45 Pannen auf. Abgesehen von einem einzigen Ausnahmefall, verursachten diese Pannen trotz der gegenüber dem Vorjahr leicht erhöhten Ausfallrate nie eine nennenswerte Behinderung in der termingerechten Arbeitsdurchführung.

X. Staatsbanken

Kantonalbank und Hypothekarkasse veröffentlichten besondere Geschäftsberichte, die u.a. sämtlichen Mitgliedern des Grossen Rates zugestellt werden.

Gliederung des Arbeitsaufwandes nach Sachgebieten

Arbeitsgebiet	Planungs-aufwand		Anzahl Programme		Aufwand in Maschinenstunden					
	1968	1969	1968	1969	1968	1969	1968	1969	1968	1969
Ausgleichskasse (AHV/IV und EL)	16	5	20	30	127	30	358	323	485	353
Autobahnamt (KK)	1	3	16	16	5	11	22	27	27	38
Beherbergungsabgabe	—	10	—	9	—	37	—	6	—	43
Inselspital: Zentrallabor	—	—	15	26	81	107	141	173	222	280
Verwaltung	24	14	31	36	235	89	85	80	320	169
Veska und Strahlen	—	4	5	14	—	33	—	48	—	81
Personalamt: Staatpersonal	4	4	27	27	33	42	128	155	161	197
Lehrerschaft	2	4	15	18	4	31	46	53	50	84
Statistisches Büro	—	1	9	9	—	—	58	53	58	53
Steuerverwaltung: Staat und Amtliche Bewertung ..	8	4	26	30	63	16	561	550	624	566
Wehrsteuer	3	7	16	18	21	65	235	2	256	67
Universität Bern	2	9	5	23	26	16	58	68	84	84
Versicherungskasse: Staatpersonal	1	1	23	23	8	14	34	20	42	34
Lehrerschaft	—	—	10	16	2	—	25	13	27	13
Wasser- und Energiewirtschaftsamt	—	5	—	5	—	29	—	—	—	29
ADV: Neue Maschine	10	25	—	1	3	10	—	—	3	10
Ausbildung	6	11	2	5	32	40	—	—	32	40
I + O	1	4	—	4	5	34	—	—	5	34
Verschiedenes	2	13	—	—	—	13	7	—	7	13
Bull	—	—	—	—	62	—	—	—	—	62
Total Verwaltung	80	124	220	310	645	679	1758	1571	2403	2250
Universität									1132	1256
Bull									170	83
Dritte									388	137
Gesamtotal									4093	3726

Vom Regierungsrat genehmigt am 15. Mai 1970.

Begl. Der Staatsschreiber i.V.: *B. Kehrl*

Bern, den 31. März 1970

Der Finanzdirektor
Moser

